

9 – 11

Inhaltsverzeichnis

3. März 2011

Verlagsmitteilung:

dfg Award 2011: Ausschreibung ausgeweitet – Heiße Phase beginnt Seite 2

Gesundheits- und Sozialpolitik:

Versorgungsgesetz: Rösler plant erhebliche Änderungen Seite 2

Zusatzbeiträge und Solidarausgleich: Regierung gibt keine Prognosen ab Seite 5

Gesetzliche Krankenversicherung:

Morbi-RSA: BVA-Gaßner selbst stellt sich gegen die Linie der Regierungskoalition Seite 5

Ersatzkassen:

KV45: Das Jahr 2010 knabberte am Vermögen von BARMER GEK und DAK Seite 7

Ärzte:

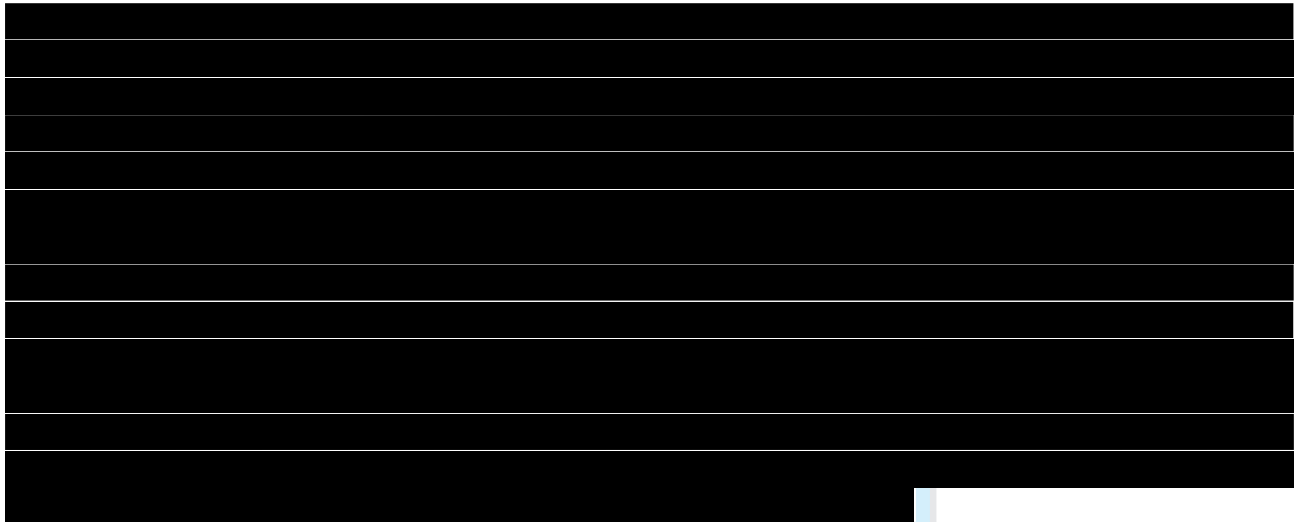
Hoppenthaller ist wieder da und „cc:“ gesetzt – BHÄV verändert Verhandlungsstrategie Seite 8

Zahnärzte:

Hauen und Stechen um den einträglichen Platz an der vertragszahnärztlichen Sonne Seite 9

Personalia / Berliner Szene:

Seite 12



Zahnärzte:

Hauen und Stechen um den einträglichen Platz an der vertragszahnärztlichen Sonne

(dfg 9 – 11) Am 18. und 19. März 2011 wird das Berliner Nobel-Hotel Intercontinental in der Buda-
pester Straße wieder gute Geschäfte machen. Treffen sich doch 60 meist ältere Damen und Her-
ren eines Berufsstandes zur konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung (VV) der Kassen-
zahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) für die Amtsperiode 2011 – 2016. Die 60 gehören zur
Spitze einer sich blendend aus den Mitgliedsbeiträgen ihrer Mitglieder bedienenden Kamarilla, die
öffentlichkeitsscheu, verschwiegen wie in sich zerstritten sind. Den VV-Mitgliedern steht ein Wahl-
marathon bevor, rangeln doch seit Monaten vier Kandidaten – alle ohne eine saubere oder gar
weiße Weste – um die drei zu vergebenden Sitze im Vorstand. Das Hauen und Stechen dient al-
lein dem Zweck, einen der einträglichsten Plätze an der vertragszahnärztlichen Sonne zu ergat-
tern. Denn im Nehmen scheint man bei der Kölner Körperschaft ebenfalls Spitze zu sein – und das
mit dem Segen der zuständigen Aufsicht, nämlich des Bundesversicherungsamtes (BVA).

Seit dem 1. Januar 2005 besteht das oberste Gremium der Selbstverwaltung der Vertragszahn-
ärzteschaft aus 60 Damen und Herren. Der Vorsitzende jeder der 17 Kassenzahnärztlichen Ver-
einigungen (KZV) und einer seiner Stellvertreter sind gesetzlich vorgeschriebene Mitglieder. Sie
nehmen 34 Sitze ein. Die übrigen 26 Delegierten werden von den VVen der KZVen aus ihren Rei-
hen unter Berücksichtigung des Verhältniswahlrechtes gewählt. Um die Besetzung dieser Sitze
gab es schon regionale Gerichtsverfahren, über deren Ausgang die regionalen Körperschaften
meist den Mantel des Schweigens decken. Überhaupt, verschweigen, verhindern und vertuschen
scheint man als Fertigkeiten mitbringen zu müssen, will man bei einigen KZVen vor allem aber bei
der KZBV reüssieren. Das „Verschweigen“ geht sogar so weit, daß die Kölner KZBV-Verwaltung –
angeblich auf Weisung des noch amtierenden VV-Vorsitzenden Dr. med. dent. Karl-Georg Poch-
hammer (56) – sich weigerte, dem anfragenden Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) eine

Liste mit 60 Namen zur Verfügung zu stellen. Der FVDZ stellte daher in seinem letzten Verbandsrundsreiben „Frei-Fax“ vom 28. Februar 2011 die Frage „was es da wohl zu verbergen gibt?“

Die Antwort würde wohl lauten: „Vieles!“. Denn im Gegensatz zu manch anderer Körperschaft ist die KZBV wohl eine für ihre Mitglieder überaus teure, ineffiziente, erfolglose, intransparente wie müde Veranstaltung. So mundfaul, wie sich mancher Spitzenvertreter der Vertragszahnärzteschaft gibt, so gering sind auch die freiwillig gegebenen Auskünfte aus dem KZBV-Haus. Im Rechenschaftsbericht 2009/2010 widmet man z.B. finanziellen Dingen nur schlappe zwei Seiten. Dem schmalen Druckstück entnimmt man, daß 2009 jeder der damals 57.705 Vertragszahnärzte an die KZBV einen monatlichen Beitrag von 16,60 € zu zahlen hatte. Insgesamt sammelte man in Köln über 13,2 Mill. € ein. Davon gingen allein knapp 1,5 Mill. € an Reise- und Tagungskosten drauf und noch einmal über 230.000 € an Aufwandsentschädigungen und Beiträgen. Für die kaum von den Medien wahrgenommene Öffentlichkeitsarbeit hatte man nur 236.000 € übrig. Zuviel PR zu treiben, das liegt den Herrschern am Rhein nicht. Es könnte ja (siehe oben) etwas herauskommen.

Also bedienen wir uns so genannter Sekundärquellen. Die liegen zwar nur für Vorjahre vor, aber im Bundestag nervte die heutige Vorsitzende der Partei DIE LINKEN, Dr. phil. Gesine Löttsch MdB (49), in den Jahren 2006 bis 2007 die damalige SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt MdB (61) mit ständigen An- und Nachfragen. Damals kam heraus, daß das Trio an der Spitze neben ihren „normalen“ Jahresvergütungen von über 220.000 € auch noch Sitzungsgelder bezog. Für jede Sitzung ab 19.00 Uhr oder am Wochenende standen ihnen Sitzungsgelder zu, wo auch immer die Things stattfanden oder wenn Dritte die KZBV-Vorständler eingeladen hatten (vgl. BT-Drs. 16/2482, S. 2f.). Da ist vermutlich schnell einmal eine abendliche Sitzung „arrangiert“ und wieder durfte das private Portemonnaie klingeln. 2005, so liest man es, waren an die drei Vorständler Sitzungsgelder in Höhe von 34.330 € gezahlt worden, für 2006 standen für die KZBV-Mitarbeiter rund 184.000 € zur Verfügung (vgl. BT-Drs. 16/3999). In diesem Bereich des „Abrechnens“ ist man also scheinbar bei den Vertragszahnärzten führend. Kein Wunder, wenn der jetzige stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dr. med. dent. Günther E. Buchholz (58), als Vize-Chef der KZV Westfalen-Lippe 2003 über eine Fahrtkostenaffaire stolperte. Über den amtierenden KZBV-VV-Vorsitzenden Pochhammer gibt es einen noch dickeren Akt, der der dfg-Redaktion vorliegt. Der trägt das Datum 26. Oktober 2007, stammt vom Berliner Landeskriminalamt, hat 133 Seiten und ist betitelt „Bericht über die Auswertung der bei der KZV Berlin am 8. Dezember 2005 sichergestellten Unterlagen“. Der Berliner Zahnarzt Pochhammer amtierte schon 2001 als KZV-Vize und war anscheinend – wie andere in der KZV Berlin auch – exakt wie gut beim Abrechnen. Genüßlich listeten die Staatsbeamten die Details auf, u.a. zu den Stichworten Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen, Reisekosten und Bewirtungen. Die Kollegen vom Bundesrechnungshof (BRH) hätten nicht akribischer sein können. Nur, die Affaire verlief sich ohne Nachhall oder personelle Auswirkungen. Denn schließlich hatten entweder der Vorstand oder aber die VV der KZV die Ausgaben abgenickt oder durch entsprechende Beschlüsse die Grundlagen für die Abrechnungsweise geschaffen. Alles war sanktioniert, ein Aufstand der Basis erfolgte nicht, Pochhammer wurde gerade erst zum KZV-Vize wiedergewählt (vgl. zuletzt dfg 7 – 11, S. 14f.).

Wenn es nur um die Intransparenz dieser Art von „Erträgen“ ginge, bliebe jeder öffentliche Unmut im Ansatz stecken. Wenn etwas von der Selbstverwaltung oder gar der Aufsicht sanktioniert ist,

dann kann man es nur moralisch angreifen. Jeder Selbstverwalter ist daher sicherlich froh, wenn seine Vorstände so großzügig sind und auf die ihnen eigentlich zustehenden Dienstwagen verzichten. Man winkt dann sicherlich gerne in der KZBV-VV den „finanziellen Ausgleich“ durch, den die drei Begünstigten ja schließlich auch noch versteuern müssen. Nur ein Kundiger wird stutzig, wenn er die Höhe des monatlichen, wohlgemerkt monatlichen „finanziellen Ausgleichsbetrages“ liest. Nur schlappe 2.500 € pro Mann. Zieht man die steuerliche 1-Prozent-Regelung für Dienstwagen als Grundlage heran, dann erhalten die drei KZBV-Vorstände einen Gegenwert für einen Dienstwagen, der laut Liste für 250.000 € hätte angeschafft werden müssen. Obere Mittelklasse wie bei Ministern oder Chefs von Bundesoberbehörden ist das nicht mehr.

Doch damit nicht genug. Laut Dienstverträgen dürfen alle drei auch noch in ihren angestammten Vertragszahnarztpraxen arbeiten. Bis zu 15 Wochenstunden las man in einer Bundestagsdrucksache oder bis zu einem Drittel des „zeitlichen Umfangs ihrer Haupttätigkeit“. Zwar gibt es Gerüchte, daß die drei Vorstände auch bei dieser Art des Sammels von Erträgen recht fleißig gewesen sind, aber über die Höhe der vertragszahnärztlichen Honorareinnahmen wird von Seiten der KZVen berechtigt geschwiegen. Nun machen die vertragszahnärztlichen Honorare auch nur noch knapp die Hälfte der Praxiseinnahmen aus (vgl. dfg 4 – 11, S. 3ff.), da bleibt ja wohl für das Sammeln von Zusatzerträgen nicht so viel Zeit. Einer der das besonders genau wissen sollte, ist der für die Honorarpolitik zuständige KZB-Vize Dr. med. dent. Wolfgang Eßer (56). Seine Bilanz nach sechs Jahren auf diesem Felde ist dürftig, sonst würden die Zahnärzte seit Monaten nicht so jammervoll darüber klagen, wie dringend ihre Gebührensätze angehoben werden müßten. Der Ex-KZV-Vize Eßer hat daher wohl andere Möglichkeiten entdeckt, wie man die monatlichen „Erträge“ etwas aufstocken kann. Vor allem, wenn diese noch zu Hause, in Düsseldorf, zu erzielen sind. Als Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Apotheker- und Ärztekasse (apobank) erhält er nach den jüngsten Beschlüssen der VV der Landesbank eine „Jahresfestvergütung“ von 13.000 €. Als Vorsitzender eines Ausschusses des Gremiums noch einmal 10.000 € zusätzlich. Dazu kommt eine feste Vergütung für jede wahrgenommene Ausschuß- oder Aufsichtsratssitzung von 1.000 €. Als Vorsitzender des Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschusses des Kreditinstitutes dürften in den letzten Jahren eine stattliche Anzahl von Sitzungen stattgefunden haben. Ob die so erzielten Erträge – wie z.B. bei den Gewerkschaften an die eigene Hans-Böckler-Stiftung – abgeführt werden müssen, darüber schweigen die Akten. Es ist auch unerheblich, wie hoch die Summe der „Erträge“ ist. Denn das, was sich der Unternehmer in Form einer Zahnarztpraxis als Aufsichtsrat so leistet, das hat wohl schon eher ein Geschmäckle. Wenn aufgeregte KZV-Chefs bei ihm anfragen, wie es denn so mit den „Spekulationsgeschäften“ der Bank stehe, dann läßt sich der Ausschußvorsitzende wohl die Antwortschreiben gleich von Bankbediensteten entwerfen, denn die Diktion der Schreiben ist nicht seine. Am 22. Januar 2008 gestand denn Eßer z.B. ein, daß der Vorstand der Bank „in jedem Fall in dem der Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschuß oder der gesamte Aufsichtsrat Hinweise zu Einfallrisiken oder Vereinbarungen in der Geschäfts- und Risikostrategie ausgesprochen hat, diese in die Handhabung des Geschäftes mit einbezogen habe.“ Und er führte in diesem, der dfg-Redaktion vorliegenden Schreiben weiter aus, daß sich der Vorstand der Bank „überhaupt erst durch eine mit dem Aufsichtsrat erörterte Geschäfts- und Risikostrategie ausdrücklich an detailliert beschriebene Risikoleitplanken in den verschiedenen Geschäftsfeldern gebunden hat.“ Will sagen, der von Eßer geleitete Ausschuß wird und wurde auch unter seinem Vorgänger ab einer bestimmten Größenordnung „ausführlich informiert und über mögliche Kredit-, Marktpreis- oder

Liquiditätsrisiken vom Vorstand der apobank aufgeklärt.“ Und bei diesen Geschäften vor 2008 ging es auch um die Deals mit strukturierten Papieren wie CDO's im Zusammenhang mit dem „Ausflug nach Irland“. Schlußendlich standen über fünf Mrd. € an Risiken in den Büchern, die Dividende 2009 der Bank fiel aus und sie geriet in eine gewisse Bredouille aus der sie sich nur mühsam wieder berappelt. Und Eßer bzw. sein Vorgänger und die Gremienmitglieder wußten davon. Kein Wunder, wenn das Thema Aufsichtsratshaftung auf der Aufräum-Agenda des neuen apobank-Vorstandes steht. Eßer, von der dfg-Redaktion auf das Schreiben angesprochen, wand sich im Herbst 2010 wie ein Aal. Das avisierte „aufklärende Gespräch“ fand nie statt.

Soviel zu den aktuellen Vorstandskandidaten Buchholz, Pochhammer und Eßer, die sich quasi als „Dream-Team“ gemeinsam ihren Wählern in Berlin stellen wollen. Man möchte meinen, eher als Alptraum-Team kommen die drei daher. Da ihre nur weiß besprenkelten Westen anscheinend weder ihre Wähler stören noch die 57.000 Vertragszahnärzte an der Basis zu jucken scheinen, könnten sie also in den kommenden sechs Jahren die allseits gefragten Gesprächspartner für die Berliner Politiker und Beamten, die anderen Interessenvertreter im Gesundheitswesen wie auch im Gemeinsamen Bundesausschuß (G-BA) abgeben. Wer jeweils neben ihnen sitzt, der sollte wissen, mit welcher möglichen Chuzpe alle drei wirken können.

Bleibe noch der vierte und älteste Kandidat, der sich am 18. oder 19. März 2011 zur Wahl stellt und der in den kommenden sechs Jahren wieder den unabhängigen KZBV-Vorsitzenden mimen möchte. Er heißt Dr. med. dent. Jürgen Fedderwitz (60), kommt aus Hessen und steht seit 2003 an der Spitze der Vertragszahnärzteschaft. Doch auch seine Weste ist mit unfeinen Sprengseln befleckt. Diese gehören allerdings in den persönlichen Lebensbereich und deren Auswirkungen könnten eher von Repräsentanten des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) ausgebreitet werden als an dieser Stelle.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]